

## DIE POLITISCHE HALTUNG DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Im Februarheft dieser Zeitschrift erschien ein Artikel von Theo Pirker unter dem Titel „Die Gewerkschaft als politische Organisation“. Dieser Artikel hat manche heftige Diskussion, besonders in christlichen Kreisen, ausgelöst. Ohne Zweifel gibt der Artikel von Pirker eine besonders in der jüngeren Gewerkschaftsgeneration verbreitete Ansicht wieder. Es läßt sich aber auch nicht leugnen, daß Pirker zum Teil sehr gefährliche Definitionen gebraucht hat, die besser nicht verwendet worden wären. Pirker ist Katholik und Sozialist, seine Definitionen sind sehr simplifiziert.

1. Pirker zählt in seinem Aufsatz vier Organisationstypen auf, deren Ziel darin bestehe, die soziale Ordnung zu beeinflussen. Als erste Form nennt er die „Interessentengruppen“, die meist „ökonomischer“ oder „weltanschaulicher Natur (Religionsverbände)“ seien. Mit der Zurechnung der Religionsverbände zu den Interessentengruppen hat er nicht nur ein sehr schwieriges Thema sehr einfach angeschnitten, sondern er hat als Soziologe eine soziologische Einteilung gebraucht, die an dem Kern und dem Wesen eines „Religionsverbandes“ vorbeigeht.

2. Pirker bejaht in jedem Fall die Einheitsgewerkschaft, er tritt positiv und entschlossen für sie ein. Mit der Konstituierung der Einheitsgewerkschaft, so argumentiert er weiter, seien die deutschen Gewerkschaften erst zu einem öffentlichen Verband geworden. Zwei weitere Momente der neuen Gewerkschaftsbewegung zählt er auf: die Gewerkschaften als Massenorganisation und die Gewerkschaften als freie Gewerkschaften. Aus dieser Feststellung zieht er nun folgenden Schluß: „Durch den Sieg dieser Prinzipien in der Gewerkschaftsbewegung ist die Gewerkschaft zu einer typischen Klassenorganisation geworden, deren Ziel die Hebung des Gesamtniveaus der Klasse ist, was wiederum nur möglich ist durch eine Verbesserung der sozialen Organisation auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Verwaltung, der Kultur. Die Gewerkschaftsbewegung kann in dieser Situation nur siegen, wenn sie das Klasseninteresse mit dem Allgemeininteresse identifiziert ...“

Diese beiden sehr wichtigen Punkte müssen zusammen gesehen werden, wenn man hier den fundamentalen Irrtum herauskristallisieren will. Zunächst einmal ist die religiöse oder parteipolitische Einstellung eine subjektive Angelegenheit des Menschen. Der Mensch entscheidet sich nicht für eine religiöse oder parteipolitische Richtung aus Gründen soziologischer Bedeutung, sondern aus Gründen des Glaubens und der Überzeugung für die Richtigkeit seiner Entscheidung. Ganz besonders trifft dies für den religiösen Menschen, auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, zu. Die christlichen Kollegen bejahen in ihrem Gros die Einheitsgewerkschaft, sie können es aber nicht verstehen, wenn man sie als Angehörige einer Interessentengruppe bezeichnet. Der echte christliche Gewerkschafter bemüht sich ebenso ehrlich um die Lösung der sozialen Probleme wie sein sozialistischer Kollege. Er kennt tatsächlich nur die Interessen all jener, die in abhängiger Arbeit stehen und bemüht sich, deren Los zu bessern, sie über eine Neuordnung der Gesellschaft durch das Mitbestimmungsrecht als gleichwertige Gesellschaftsmitglieder in die Gesellschaft einzuordnen. In diesem Wollen haben christliche und sozialistische Kollegen in ihrer Praxis *sehr viel mehr Gemeinsames als Trennendes*,

Pixker könnte nun antworten, daß dies auch seine Meinung sei. Nein; denn er ist an diesem Punkt ganz entschieden vorbeigegangen. Der Sozialist will eine sozialistische, d. h. klassenlose Gesellschaft erreichen, überzeugt von dem ökonomischen Prinzip innerhalb der Gesellschaft, setzt er zunächst wirtschaftliche Mittel ein, um auf wirtschaftlichem Gebiet Klassenunterschiede zu beseitigen (Sozialisierung, Nationalisierung usw.), weil er erst dann eine Gleichberechtigung auch auf kulturellem Gebiet erreichen zu können glaubt. Dieses Prinzip und diese Haltung beruhen auf seiner echten Überzeugung.

Die Religion des Christen beruht auf dem Glauben an die göttliche Offenbarung. Der Christ ist auch von der Richtigkeit seines Glaubens überzeugt, wobei ihm der Glaube nicht als etwas Irrationales gilt, sondern als persönlicher, seelischer, spezifischer Erkenntnisvorgang. Noch mehr! Der Christ tritt nicht einem „Interessentenverband“ bei, um sich „weltanschauliche Rechte zu sichern und zu erweitern“, wie Pirker es meint, sondern der Christ *ist die Kirche* selbst, deren Wesen auf der Universalität göttlicher Offenbarung beruht und nicht auf den Prinzipien eines Interessentenverbandes. In seiner Erläuterung der Papstansprache an die neu erhobenen Kardinale am 20. Februar 1946 schreibt Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning S. J. ganz klar folgendes: „Wir gehören nicht nur der Kirche an, gleichsam als etwas, das die Kirche sich angegliedert oder einverleibt hat und woran sie ihre entsündigende, heiligende Wirksamkeit auszuüben gewillt ist; vielmehr: wir selber *sind* die Kirche, die Gemeinschaft der Gläubigen.“ Darum geht der Christ in seiner prinzipiellen Einstellung vom Religiös-Sittlichen aus und nicht zunächst vom Ökonomischen, weil der Christ in seiner Person selbst einen echten Bestandteil der Kirche bildet.

Selbstverständlich muß zugegeben werden, daß dieses Bewußtsein heute zum Teil verlorengegangen ist. Wenn heute beispielsweise in christlichen Kreisen die Gründung einer christlichen Gewerkschaft befürwortet und angestrebt wird, so zeigt uns dies nur, wie weit man hinter den Erfordernissen unserer Zeit zurückgeblieben ist. Man wird sich damit abfinden müssen, daß wir mit zwei großen gesellschaftlich-weltanschaulichen Gruppen zu rechnen haben, Sozialismus und Christentum, und daß nur echte und saubere Zusammenarbeit in aufrichtiger Toleranz zu echten Problemlösungen im Bereich des Realen führen kann. Jede Isolierung dieser beiden Gesellschaftsgruppen voneinander bedeutet die Schwächung *beider* Gruppen, wobei die christliche Gruppe sehr viel mehr geschwächt sein würde als die sozialistische Richtung, zumal gerade in christlichen Kreisen immer die Gefahr eines EU starken Konservatismus gegeben ist. Diese gefahrvolle Rückständigkeit bedeutet aber niemals, daß hier ein Interessentenverband versagt hat, sondern daß die Träger göttlichen Auftrags nach unserer Meinung in ihrer sozialen Haltung mit den Notwendigkeiten der Zeit nicht Schritt gehalten haben. Gerade aus dieser Erkenntnis heraus bejahen wir christlichen Gewerkschafter konsequent die Einheit der Gewerkschaft, um gemeinsam mit unseren sozialistischen Kollegen die sozialen Zeitprobleme zu lösen. Wir handeln aber nicht als Mitglieder eines weltanschaulichen Interessentenverbandes, sondern aus unserer sozialen Verpflichtung heraus, die begründet ist im Gebot der Caritas. In diesem Sinne muß der Papstkommentator Prof. Dr. Nell-Breunings verstanden werden, wenn er an anderer Stelle schreibt: „In der Tat: der gegebene Weg des Einsatzes der katholischen Laienwelt beim Wiederaufbau der bis in ihre Grundlagen erschütterten und zusammengebrochenen menschlichen Gesellschaft ist der Zusammenschluß. Nicht der einzelne schafft es, sondern die vereinte Kraft. Es kann nicht jeder alles tun, überall mit dabei sein, sondern jeder muß seinen Beitrag leisten an der Stelle, in dem Umweltkreis, wo er eben steht, auf dem Sachgebiet, auf dem er zu Hause ist, auf dem er seine berufliche

Leistung für die Volksgemeinschaft erbringt.“ Der Christ vertritt daher nicht in der Gesellschaft eine Ideologie seines Interessentenverbandes, sondern seine religiös begründeten Prinzipien als Teil der Kirche. Diese Prinzipien aber ermöglichen es uns, in unserer politischen Haltung mit den sozialistischen Gewerkschaftern Hand in Hand zu gehen, wenn auch unsere Ausgangs- und Zielpunkte letztlich andere sind. Nach den Worten des Papstes sind aber diese Prinzipien folgende:

1. Festigkeit und Sicherheit der Grundlagen der menschlichen Gesellschaft;
2. Zusammenhalt und Gleichgewicht des auf diesen Grundlagen stehenden Gebäudes der menschlichen Gesellschaft;
3. Gleichberechtigung der Menschen als Bauglieder dieses gesellschaftlichen Bauwerks;
4. Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens in Raum und Zeit auf der Grundlage der Menschenwürde eines jeden.

Politik setzt die echte Erkenntnis voraus, daß für die menschliche Gesellschaft, deren vernünftiges soziales Leben unzureichende Zustände vorgegeben sind. Das politische Handeln nach dieser öhrlichen Erkenntnis besteht dann aber in dem ehrlichen Bemühen, diese für die Gesellschaft und deren Zusammenleben unzulänglichen Zustände zum Positiven zu verändern. Das setzt voraus, daß der Mensch als Subjekt und nicht als Objekt gedeutet wird. Als Objekt gilt der Mensch als Mittel zum Zweck, wobei — und das ist das Entscheidende — der Zweck nicht in seiner Person liegt. Jede Politik ist aber nur dann echte Politik, wenn sie den Menschen als Subjekt anspricht und achtet, d. h. als den letzten und alleinigen Zweck, für den sie die politischen Mittel einzusetzen gewillt ist. Eine umgekehrte politische Anschauung würde nicht die Gesellschaft gleichberechtigter und gleichwertiger Menschen im Auge haben, sondern das zum politischen Zweck degradierte Kollektiv,

Aus diesem Grunde ist die Gewerkschaft *nicht* „zu einer typischen Klassenorganisation geworden“, und sie kann auch, nicht nur siegen, „wenn sie das Klasseninteresse mit dem Allgemeininteresse identifiziert“. Es gibt für die deutsche Gewerkschaftsbewegung nur *ein* Ziel, welches das Ziel eines jeden anständigen Politikers ist: Neuordnung der Gesellschaft, um dem Prinzip der Gleichwertigkeit aller Gesellschaftsmitglieder zum Durchbruch zu verhelfen. Eine soziale Befriedung kann erst dann realisiert werden, wenn die gesellschaftlichen und kulturellen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft beseitigt werden. Das setzt selbstverständlich voraus, daß zunächst die materiellen Unterschiede soweit als möglich ausgemerzt werden müssen, weil man einem hungrigen Magen das Evangelium nicht predigen kann. Dieses Ziel ist aber kein Klasseninteresse mehr, sondern eine politische Aufgabe schlechthin. Hier ist nichts mehr zu identifizieren, da die politische Konzeption des DGB die einzig mögliche politische Konzeption an sich ist, da nur im DGB eine echte tolerante Annäherung der christlichen und sozialistischen Standpunkte im realpolitischen Raum realisierbar wird. Damit sind die politischen Parteien keineswegs überflüssig, aber im DGB wird das angestrebt und auch verwirklicht, was ebenfalls Ziel der Parteien sein sollte: Der Versuch zur *gemeinsamen* Problemlösung im Bereich des Realpolitischen. Es muß daher sehr starkes Befremden auslösen, wenn Pirker zudem von der „unentschlossenen und oft unklaren Linie der Gewerkschaften“ spricht.

Die gewerkschaftlichen Mitglieder stehen heute nicht nur im Arbeiter- und Angestelltenstand, sondern in fast allen Schichten der Bevölkerung. Mitglieder der beiden großen Weltanschauungen sind in ihnen organisiert. Damit ist der DGB eine echte politische Organisation. Er ist keine reine Klassenorganisation mehr, er darf es nicht mehr sein, wenn er die

Klassenunterschiede der Gesellschaft ablehnt. Der DGB ist heute in der Tat die stärkste Säule der Demokratie, weil die Demokratie und die Freiheit die Wesensgrundlagen des DGB selbst sind.

Trotz allem hat Pirker auf ein Problem aufmerksam gemacht, welches heute durchweg in der gesamten Kollegenschaft heftig diskutiert wird. Dieses Problem tauchte auf mit der Frage, die heute bei uns immer mehr aufgeworfen wird: Laufen wir im DGB nicht Gefahr, auf die Dauer zu reinen Resolutionsverfassern zu werden, ohne daß unseren Resolutionen ein greifbarer Erfolg beschieden ist? Ohne Zweifel muß diese Frage diskutiert werden. Sie kann aber nicht, wie es in Kollegenkreisen sehr häufig der Fall ist, sofort mit der Frage eines „politischen Streiks“ verknüpft werden. Jedenfalls weist diese Fragestellung auf eine Schwäche unserer parlamentarischen Demokratie hin. Ungefähr der vierte Teil unserer Parlamentarier im Deutschen Bundestag setzt sich aus Gewerkschaftern zusammen, die besonders in der CDU und in der SPD ihre politische Heimat gefunden haben. Es ist aber unbestreitbar, daß man nur sehr wenig von gewerkschaftlichen Vorschlägen in den entscheidenden Debatten seitens unserer eigenen Abgeordneten hört. In den meisten in Frage kommenden Diskussionen, das müssen wir ehrlich gestehen, identifiziert sich die SPD mit dem gewerkschaftlichen Standpunkt. Die CDU, auch das müssen wir ehrlich zugeben, hat noch nicht sehr viel von ihrem Ahlener Programm realisiert. Trotz dieser Feststellungen dürfen wir uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in sehr vielen und zwar entscheidenden Fällen die parteipolitische „Linie“ maßgebend ist. Vielleicht hätte manches Abstimmungsergebnis etwas anders ausgesehen, wenn die Abgeordneten, auch unsere Gewerkschaftskollegen, frei nach ihrer persönlichen Meinung abgestimmt hätten.

Es wäre zu wünschen, daß zukünftig mehr Gewerkschafter in das Parlament entsandt werden könnten, damit auch die realpolitische Auffassung des DGB mehr als bisher Gehör findet. Eine der ersten Aufgaben unserer eigenen Parlamentarier müßte die sein, dafür Sorge zu tragen, daß in entscheidenden politischen Debatten der Fraktionszwang abgeschafft wird. Es ist erfreulich, festzustellen, daß gerade in der heranwachsenden Generation der ehrliche Wille und die aufrichtige Bereitschaft zur Zusammenarbeit weitestgehend vorhanden ist. Diese Bereitschaft ist erst die echte Grundlage für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie, die durch diese Bereitschaft davor bewahrt wird, im reinen Formalismus und im geschäftlichen Apparat stecken zu bleiben, weil immer parteitaktische Gesichtspunkte die primäre Rolle spielen.

In diesem Zusammenhang muß eine zweite Frage in die Diskussion geworfen werden: Wäre es durch eine kluge politische Arbeit und Haltung des DGB nicht vielleicht möglich, auf die Dauer zu einem vorwiegenden Zweiparteienstaat zu kommen? Gerade in der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind doch die fruchtbarsten Ansätze vorhanden. Dazu gehört selbstverständlich eine kluge politische Erziehung des Volkes, die darauf abzielen muß, klarzumachen, daß Demokratie nicht nur eine politische Staatsform, sondern auch zugleich eine gesellschaftliche Lebensform ist, die man nie erlernen, sondern nur erfahren kann.

Eine echte politische Haltung des DGB, die ehrliche Zusammenarbeit der christlichen und sozialen Kollegen, das gemeinsame Anpacken der sie beide interessierenden Probleme des gesamten sozialen Lebens, müssen letzten Endes zum Erfolg führen, da die Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit fruchtbarer ist als die ständige Rücksichtnahme auf parteitaktische Gesichtspunkte. Wir christlichen Kollegen aber bejahen diese Arbeit, weil wir glauben, daß die politische Haltung der deutschen Einheitsgewerkschaft die beste Chance ist für ein Leben in Recht, Freiheit und Menschenwürde.